

München, 16.07.2019

## Flächensparen: Verbindliche Obergrenze, aber Luft zum Atmen für Städte und Gemeinden!

**Wirtschaftspolitische Sprecherin Annette Karl: Wir sind in der Pflicht, den Flächenverbrauch wirksam zu bekämpfen, Hand in Hand mit den Menschen auf dem Land**

In der Plenardebatte zum Flächensparen hat die wirtschaftspolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Annette Karl** verbindliche Obergrenzen gefordert - mit Rücksichtnahme auf Städte und Gemeinden insbesondere auf dem Land. "Wir sind in der Pflicht, die Flächenversiegelung in Bayern zu bekämpfen - darum fordern wir eine Höchstgrenze von fünf Hektar am Tag", so Karl. "Bayern muss hier Vorreiter sein und mutig voranschreiten."

Die Wirtschaftsexpertin erklärt, dass auch den Kommunen Luft zum Atmen gelassen werden sollte: "Es muss gelingen, ökologische, ökonomische und soziale Interessen zu verknüpfen. Die Städte und Gemeinden auf dem Land müssen weiterhin planen können, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen muss das erklärte Ziel der Landesplanung sein", betont Karl. "Die Staatsregierung hat bisher mit ihrer Landesplanung nur einen neoliberalen Standortwettbewerb der Städte und Gemeinden losgetreten. Das kann auch im Interesse der bayerischen Natur auf keinen Fall die Lösung sein. Stattdessen muss es steuerliche Anreize zum Flächensparen und Konzepte Hand in Hand mit den Kommunen geben."